

Liebe Leute, liebe Zuhörer,

im Titel unseres Einladungsflyers haben wir gefragt, was eine neoliberale Stadt- mit Gedenkpolitik zu tun hat.- Wir sehen neben der Fontanepromenade in der Tempelhofer Vorstadt diverse historische Orte, die in der Gefahr stehen, durch Privatisierung und kalkuliertes Verwaltungshandeln nicht nur dem geschichtlichen Gedenken auf Dauer entzogen zu werden - Fontanepromenade, Postgiroamt, Bocksbierbrauerei, Dragonerareal oder Tempelhofer Feld sind solche Beispiele -, sondern darüberhinaus auch eine getriebene und planlose Verwaltung, die zunehmend den stadtpolitischen Mehrwert dieser Immobilien und Grundstücke für alle Berliner Bürger und Bürgerinnen zugunsten der Profitinteressen von ambitionierten Investoren und neoliberalen Spekulanten gepaart mit eigenen stadtpolitischen Planspielen zu verzocken droht. Das Dragonerareal und vor allem das Tempelhofer Feld spielt für die Verbindung beider Begriffe – Stadt-und Gedenkpolitik - eine zentrale Rolle in dieser Stadt. - Wie geschichtlos die herrschende Politik auf Landes-und Bezirksebene mit dem kulturellen Erbe agierte und immer noch agiert – und dazu gehört selbstverständlich eben auch die angemessene Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen auf dem Tempelhofer Flugfeld - zeigte sich 2014, als die dortigen Stätten und Relikte der NS-Zwangsarbeit am Columbia- und Tempelhofer Damm weitreichenden Plänen zur Bebauung weichen sollten. Es ist ausschließlich einer kritischen Stadtgesellschaft zu verdanken, daß diese Pläne mit dem gewonnenen Volksentscheid 2014 und dem durch eine Wählermehrheit von 740.000 Stimmen angenommenen Tempelhofer Feld Gesetz - bisher - unrealisiert blieben und sich damit auch für ein angemessenes geschichtliches Gedenken auf dem Feld aussprachen.

In den Hangars, Werkstätten und Baracken der Weser Flug und der Lufthansa AG auf dem Flughafengelände mussten während der faschistischen Okkupation Europas im II. Weltkrieg mehr als 4000 Menschen – die Mehrheit davon sogenannte Ostarbeiter – erniedrigendste und schwerste Zwangsarbeit leisten, zu Beginn des Krieges bis zu ihrer Deportation in die Ghettos und Vernichtungslager im Osten auch eine kleinere Anzahl jüdischer Zwangsarbeiter-und Zwangsarbeiterinnen für die Lufthansa AG, wie ein Dokument belegt. Hier schließt sich der Kreis zur jüdischen Zwangsarbeit, die von diesem Gebäude ausging, vor dem wir heute stehen.

Wir verwahren uns als Bürger-und Bürgerinnen dieser Stadt gegen die Opferung einer wissenschaftlich- und pädagogisch fundierten Gedenk-und Bildungsarbeit an den authentischen Stätten der NS-Verfolgung und des Holocausts zugunsten einer kurzsichtigen-und investorenfreundlichen Stadtpolitik, die zunehmend – zuletzt in Persona der Kulturbeauftragten des Bundes, Monika Grütters zu Beginn dieser Woche – das Tempelhofer-Feld-Gesetz in Frage stellt und damit eine Randbebauung nicht mehr kategorisch ausschließt. - Gleichzeitig werden

die Befürworter eines freibleibenden Tempelhofer Felds von einschlägiger Seite allzu gerne zu Sündenböcken einer vollkommen verfehlten sozialen Wohnungsbau- und Migrationspolitik gemacht, obwohl nicht die Bürger- und Bürgerinnen, sondern ein rot-roter Senat 2004 die Privatisierung zehntausender ehemals im öffentlichen Besitz befindlicher Wohnungen einleitete, die sich heute im Besitz der Deutschen Wohnen befinden und dringend zur Versorgung der Bevölkerung mit sozialverträglichen Mieten und nicht der shareholder dieser Heuschrecke benötigt würden. -

Aber lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen - organisieren wir uns gegen diese Politik des Diebstahls zulasten der legitimen kulturellen Bedürfnisse einer breiten Mehrheit der Bevölkerung an städtischen Freiflächen und unverdichteten Plätzen, an intakten Nachbarschaften und lebenswerten Städten jenseits der kapitalistischen Verwertungs- und Profitlogik, in denen gewachsene Nachbarschaften, Mieter, soziale und politische Initiativen, kleines Gewerbe nicht einem permanent sozial- und Profit getriebenem Verdrängungsdruck unterliegt.

Wir fordern

- Hände weg vom Tempelhofer-Feld-Volksgesetz, keine Bebauung der Felldränder mit den historischen Zeugnissen der NS-Zwangsarbeit!
- Mobilisierung aller geeigneten Flächen, Baugrundstücke und Immobilien, auf die der Senat heute schon Zugriff hat oder haben könnte, für den sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau!
- Ende der neoliberalen Privatisierungsdoktrin, kein weiterer Verkauf von öffentlichen Liegenschaften und Baugrundstücken an Private, Enteignung von Privatbesitz und gewerblichen Wohnungsgesellschaften, wenn diese ihren sozialen Eigentumsverpflichtungen gemäß Artikel 14 und 15, GG geschäftsmäßig nicht nachkommen
- Allgemeines Vorkaufsrecht von Immobilien und Grundstücken durch die öffentliche Hand, nicht nur in Milieuschutzgebieten
- Mietenmoratorium, Steigerung der Mieten max. nur um einen Inflationsausgleich
- Sicherstellung der sozialen und gemeinnützigen Infrastruktur in den Kiezen durch echte basisdemokratische

Beteiligung der Bürger bei der relevanten Planung der Bedarfe in ihren Kiezen und Nachbarschaften – die entsprechenden Gesetze der Bau-und Gemeindeordnungen sind auf allen Ebenen inklusive der Steuergesetzgebung anzupassen; das aktuelle Steuer-und Umsatzsteuerrecht begünstigt – wie im Fall der Fontanepromenade – den Vermieter mit der Option zum Vorsteuerabzug und gewerbliche Mieter gegenüber sozialen und gemeinnützigen Initiativen bei der Anmietung von Wohn-und Arbeitsräumen.

Georg Daniels, Tempelhofer Feldaktivist und Mitarbeiter <Gedenkort Fontanepromenade 15>e.V.

Redebeitrag anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages, 26.01.2019